„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

20. Jahrgang | 16 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 16. Februar 1927. | 16 Seiten | Nummer 15.

Vorläufig keine canadischen Truppen für China

Erklärung des Premier Mackenzie King im Unterhaus.

Sympathie mit den berechtigten Bestrebungen der chinesischen nationalen Bewegung

„Keinen Mann und keinen Cent für das britische Abenteuer in China!"

Ottawa. — Das canadische Unterhaus in Ottawa hat seine Session wieder aufgenommen. Die bisherigen Debatten haben noch keine sensationellen Fragen zu Tage gefördert. Nur eine Erklärung verdient genauere Beachtung, nämlich jene, welche Premier Mackenzie King am letzten Donnerstag über die Haltung Canadas zur Kriegslage in China abgegeben hat. Er bemerkte dazu:

„Der Schutz des Lebens und Eigentums in irgendeinem Lande, ganz gleich ob es sich um Staatsangehörige oder Ausländer handelt, ist in erster Linie die Pflicht der Regierung des betreffenden Landes. Der Bürgerkrieg in China, der nun schon mehrere Jahre dauert, hat die Schwierigkeit der Gewährleistung jenes Schutzes gesteigert, und die Entfernung der ausländischen Bewohner in gewissen Gebieten des Innern ist als ratsame Vorsichtsmaßnahme erachtet worden. Gleichzeitig muß anerkannt werden, daß der Verlust an Menschenleben, soweit Ausländer in Frage kommen, in den unruhigen Jahren außerordentlich gering gewesen ist. Soweit bekannt, ist nur ein Canadier getötet worden; das Vorhandensein eines politischen Motivs in jenem Falle, der sich im Juni 1926 zugetragen hat, wurde nicht vollständig erwiesen, und der Mörder wurde sofort von chinesischen Soldaten erschossen.

„Canada hat volle Sympathie für das Verlangen des chinesischen Volkes nach Kontrolle seines eigenen Geschickes, wenn dabei der Sicherheit des Lebens und Eigentums der ausländischen Bewohner entsprechende Rücksicht zuteil wird. Obzwar extremistische Elemente vorhanden sind, so ist doch klar ersichtlich, daß, soweit die verantwortlichen Führer und die große Mehrzahl des chinesischen Volkes in Betracht kommen, die jetzige nationalistische Bewegung nicht gegen das Leben oder die Privatrechte der Ausländer gerichtet ist, sondern gegen die besonderen Privilegien und die von fremden Ländern hinsichtlich der Extraterritorialität, Zölle, Konzessionen und anderen Angelegenheiten ausgeübte Kontrolle über chinesische Fragen.

„Canada hat in der Vergangenheit an dem Entwurf oder der Unterstützung der Politik, welche auf die Erwerbung solcher Rechte und Privilegien in China abzielte, nicht teilgenommen und war auch an den kürzlichen Verhandlungen bezüglich der Neuregelung nicht beteiligt.

„Die canadische Regierung hat jedoch volle Sympathie mit der vom britischen Außensekretär angekündigten Politik, soweit als möglich den berechtigten Ansprüchen der chinesischen Nation entgegenzukommen und hält diesen Kurs für den richtigen und am besten geeigneten, um das Leben und die religiösen und geschäftlichen Interessen zu schützen.

„Unter diesen Umständen ist man der Meinung, daß es keinem nützlichen Zwecke dienen würde, die Entsendung von canadischen Streitkräften nach China vorzuschlagen. Wenn die Lage sich ändern sollte, wird die Regierung die nächste Gelegenheit ergreifen, um sich mit dem Parlament bezüglich des einzuschlagenden Kurses zu beraten."

* * *

Man kann wohl im allgemeinen mit der Erklärung des canadischen Premiers hinsichtlich der von ihm einzuschlagenden Chinapolitik übereinstimmen. Wenigstens läßt sie einiges Verständnis für die chinesische nationale Bewegung erkennen. **Aber Premier King hätte die Neutralität Canadas in dem britisch-chinesischen Konflikt noch etwas schärfer betonen dürfen.** Die Briten haben in China überhaupt keine berechtigten Ansprüche auf freies Schalten und Walten, wie es bisher bei ihnen in Uebung war. Sie sollen sich wie die Deutschen den chinesischen Gesetzen unterwerfen. Sie sollen sich jeder Einmischung in chinesische Angelegenheiten enthalten. Sie sollen das Selbstbestimmungsrecht des chinesischen Volkes in seinem eigenen Land anerkennen. Dann braucht Britannien keine Truppen in das Reich der Mitte zu entsenden, was, wie der britische Arbeiterführer MacDonald ganz richtig erklärte, ein Spiel mit dem Feuer ist. Oft sind aus solchen Militärspielereien schon ernste Verwicklungen entstanden, welche ganze Völker in ein Meer von Blut und Tränen gestürzt haben. Daher hätten wir es lieber gesehen, wenn auch der canadische Premier deutlich zum Ausdruck gebracht hätte: **„Keinen Mann und keinen Cent für das britische Abenteuer in China!"** Das wäre wenigstens eine Sprache gewesen, welche die Militaristen in London und anderen Teilen des britischen Reiches ernüchtert hätte.

Kampf dem Imperialismus!

Brüssel, 10. Febr. — Imperialismus, dessen verschiedene Nationen beschuldigt wurden, wurde gestern in der ersten Sitzung des „Internationalen Kongresses unterdrückter Nationen" verurteilt. Richard B. More, Vertreter der „Universal Negro Improvement Association" und des „American Negro Labor Congreß", der behauptete, im Namen von 12,000,000 amerikanischen Negern zu sprechen, griff die Vereinigten Staaten an und versprach volle Mitarbeit in dem gemeinsamen Bemühen um politische Freiheit und soziale Gleichstellung.

Der Imperialismus Mexikos und Mittel- und Südamerikas wurde von Jose Vasconcelos, Cesar Mella und Cesar Falcon verurteilt. Aegyptische, indianische, nordafrikanische und kontinesische Delegaten befaßten sich mit den „britischen, japanischen und französischen Marken des Imperialismus".

Hsung Kouan Suen, der jugendliche offizielle Delegat der Kanton-Regierung, klagte darüber, daß China am schlimmsten unter Allen leide, da es das Opfer des „vereinten Imperialismus" all dieser Mächte sei.

Unter den Delegaten befanden sich der französische Schriftsteller Henry Barbusse und der französische kommunistische Abgeordnete Andre Berthou. Es wurde angekündigt, daß die meisten britischen Delegaten durch die Parlamentssitzung in London zurückgehalten werden.

Große Kühlanlagen in Odessa

Odessa, 9. Febr. — Um für ein Eingreifen in den Weltmarkt gerüstet zu sein, hat die Sowjet-Regierung hier soeben eine zweite Serie von Kühlwerken mit einem Kostenaufwand von $5,000,000 fertiggestellt. Diese Kühlwerke sind groß genug, um Produkt von etwa 60,000 Pfund aufnehmen zu können. Aehnliche Kühlwerke sollen in Sebastopol, Batum und Baku errichtet werden.

Wie die Regierungsingenieure erklären, haben sie sich gezwungen gesehen, diese Werke mit rückständigen Gefriermaschinen aus der Tschechoslowakei und Schweden auszurüsten, weil die amerikanischen Fabrikanten von Gefriermaschinen sich geweigert haben, der russischen Regierung den nachgesuchten Kredit zu bewilligen.

Deutsche Spielwaren in Canada

Konservative Hetze gegen die deutsche Konkurrenz

Anlaß bot eine Debatte über eine Steuer-Resolution.

Ottawa. — Am Mittwoch, den 9. Februar, fand im Unterhause zu Ottawa eine kurze Steuerdebatte statt, welche durch eine Resolution des konservativen Abgeordneten T. L. Church (Toronto-Nordwest) veranlaßt worden ist. Im Laufe der Begründung zu der von ihm eingebrachten Resolution bemerkte der Konservative unter anderem folgendes:

„Nehmen wir zum Beispiel die Spielwarenindustrie in Canada her! Hier handelt es sich um eine Industrie, welche vernichtet worden ist, weil wir keine Dumping-Klausel haben, um unsere Fabriken gegen die Einfuhr aus verschiedenen Ländern zu schützen, wo die Arbeitsbedingungen und die Lohnraten auf einer weit niedrigeren Stufe stehen als hier. Wir führen billige, schlechte deutsche Spielwaren ein, weil die Regierung von Canada die Arbeitgeber in Canada nicht schützt. Die Spielwarenindustrie sollte hierzulande eine einheimische Industrie sein, weil wir 36 notwendige Materialien besitzen, welche bei der Herstellung von Spielwaren Verwendung finden. Statt dessen kaufen wir alle unsere Spielzeuge von Deutschland. Im sechsten Stockwerk von Eaton's in Toronto finden Sie während der Weihnachtszeit alles mit billigen und schlechten deutschen und amerikanischen Spielwaren angefüllt, welche sogar an Soldaten verkauft werden, die im Weltkrieg gekämpft haben, und an Arbeiter unseres Landes, von denen viele arbeitslos sind. In Deutschland hat der Fabrikant den Vorteil einer entwerteten Währung, längerer Arbeitszeit, leichterer Arbeitsgesetze, außerdem bezahlt er keine Einkommen- und Verkaufssteuer an Canada und nimmt doch an unserem Inlandsmarkt teil ebenso wie unser canadischer Fabrikant, der hier Verkaufssteuer, Einkommensteuer und andere Steuern zu entrichten hat, während sein ausländischer Konkurrent keine entrichtet. Ich behaupte, das ist unbillig, ungerecht und ungleich. Es ist eine Last für die Industrien des Landes — für die Arbeitgeber wie für die Arbeitnehmer."

* * *

Diese Hetze gegen die deutsche Spielwarenindustrie wurde von dem Konservativen T. L. Church, wie man deutlich erkennt, aus ganz engherzigen und kleinlichen Motiven heraus angezettelt, nur um Deutschland einen Hieb zu versetzen, nur um ein Argument für seine Steuerwünsche zu finden. Er spricht zwar von „billigen, schlechten deutschen Spielwaren", gibt aber zugleich zu, daß diese nämlichen Spielwaren, in deren Herstellung Deutschland nun einmal eine besondere Fertigkeit besitzt, sogar von Kriegsveteranen in Toronto gekauft werden. Bei dem nationalistischen Fanatismus, der namentlich in Ontario zu Hause ist, darf man wohl annehmen, daß das deutsche Spielzeug doch nicht so schlecht ist; sonst würde Eaton nicht in Toronto ein ganzes Stockwerk damit anfüllen und würden die canadischen Kriegshelden wahrscheinlich nicht das deutsche Spielzeug ihren Kindern schenken. Wo bleibt da der britische Nationalstolz? So hat Herr Church ungewollt der deutschen Tüchtigkeit ein ehrenvolles Zeugnis ausgestellt, die sich allen Gewalten zum Trotz in der Welt wieder durchgesetzt hat, mögen einige Jammermeier in Toronto und in einigen anderen Hochburgen der britischen Loyalisten sich auch vor Entsetzen auf den Kopf stellen und heiße Tränen vergießen. Nebenbei bemerkt, hat Herr Church nur eine sehr schwache Ahnung von Deutschland. Außerdem müßte er wissen, daß die deutsche Währung nicht mehr entwertet, sondern seit Ende 1923 stabilisiert ist, und daß die soziale Lage der deutschen Arbeiterschaft, soweit sie nicht arbeitslos ist, über dem Durchschnitt der canadischen steht.

Aus der Saskatchewan-Legislatur

Resolution von Dr. J. T. M. Anderson abgelehnt

Regina. — Dr. J. T. M. Anderson, der konservative Führer in der Legislatur, hatte eine Resolution eingebracht, welche die Untersuchung des Unterrichtssystems von Saskatchewan verlangte. Es sollte eine Kommission eingesetzt werden, welche alle Fragen des Schulwesens prüfen solle. Der Premier und der Unterrichtsminister, so erklärte Dr. Anderson, wüßten wohl, daß das System in Saskatchewan nicht vollkommen sei. In vielfacher Hinsicht habe Saskatchewan mit seiner wachsenden Bevölkerung ein schwierigeres Problem zu lösen als jede andere Provinz.

Unterrichtsminister Latta gab zu, daß er auch nicht mit dem Fortschritt in Saskatchewan zufrieden sei, aber er behaupte, daß der Fortschritt hier ebenso groß oder noch größer sei als in anderen Provinzen. Er stimme auch mit Dr. Anderson darin überein, daß die eine große Schwierigkeit in Saskatchewan darin bestehe, daß die Leute aus allen Teilen der Welt kämen. Aber das sei zugleich auch von großem Wert für die Provinz.

Minister Latta behauptete, daß kein Bedürfnis für eine kostspielige Untersuchung vorliege. Wenn sie notwendig wäre, hätte er nichts dagegen einzuwenden, auch wenn sie dreimal so viel kosten sollte. Der Redner konnte dann auf die erfreulichen Fortschritte im Unterrichtssystem von Saskatchewan hinweisen.

Auch Premier Gardiner ergriff unter anderen Rednern das Wort, um seine Anerkennung für die Arbeit des Unterrichtsministers Latta auszusprechen. Zugleich betonte auch er, daß die Regierung gegen die Einsetzung einer Untersuchungskommission sei. Wenn wirklich etwas radikal verkehrt wäre im Schulwesen der Provinz, wäre das schon von einem Oppositionsmitglied mitgeteilt worden. Das sei aber nicht geschehen.

Die Resolution des Konservativen Dr. J. T. M. Anderson wurde vom Hause abgelehnt. Zwei Progressive, Chas. Agar, Saskatoon County, und George Cockburn, stimmten mit der Regierung.

35 Tote durch Schneemassen in Japan

Tokio, 9. Februar. — Mächtige Schneemassen, unter denen Nord-Japan leidet, haben bereits 35 Todesfälle verursacht, wie Telegramme heute melden. Der Oberpriester und vier andere des Tempels zu Fukui wurden verschüttet, als dieser unter den Schneemassen einstürzte. Die Meldungen besagen weiter, daß Eisenbahnzüge mit mehr als 500 Passagieren vollkommen eingeschneit sind und die Menschen wahnsinnig unter Kälte und Hunger zu leiden haben, da sie von der Außenwelt abgeschnitten sind.

Großer mitteleuropäischer Biertrust

Prag, Tschechoslowakei, 9. Febr. In Mitteleuropa steht die Gründung eines großen Bier-Ringes in Aussicht. Das „Prager Tageblatt" sagt heute, daß alle großen Brauereien in Deutschland, Oesterreich und der Tschecho-Slowakei in die große Trustgesellschaft eintreten werden.

Britische Truppen in Shanghai gelandet

Pekinger Regierung nennt die britischen Vorschläge unklar und unaufrichtig

China-Politik der Londoner Regierung gutgeheißen.

Schanghai, 12. Febr. — Die erste Abteilung von britischen Truppen traf heute bei Tagesanbruch ein. Die britische Regierung fürchtet Gefährdung von Leben und Eigentum in der internationalen Siedlung. Eine Abteilung von 300 amerikanischen Seesoldaten war bereits bei Ankunft der Briten hier. Nach Berichten aus dem Süden erlitten die Kantonesen, die Schanghai erobern wollen, in einem Gefecht mit Sun Chuan-Fang, dem Verteidiger von Schanghai, eine Niederlage. Der Kampf war in der Provinz Chekiang, südlich von jener, in welcher Schanghai liegt.

London, 12. Febr. — Marschall Chang Tso-Lin, Führer der chinesischen Nordarmeen, erwiderte heute eine Zeitungsanfrage über seine geänderte Haltung zu Vorschlägen, welche ihm der britische Gesandte gemacht hat. Er sagt, die Vorschläge seien unbestimmt und zeigen in mancher Hinsicht einen Mangel an Aufrichtigkeit. Die vorgeschlagenen Zugeständnisse entsprechen den Erwartungen der nördlichen Regierung nicht. Changs Antwort ist von Cu Sing, seinem Direktor der auswärtigen Angelegenheiten, gezeichnet.

Washington, 12. Febr. — Wie man glaubt, sind Amerikaner in Schanghai angesichts der neuesten Ereignisse in keiner großen Gefahr. Amerikanische Kriegsschiffe und Seesoldaten bleiben aber vor jenem Hafen, bis alle mögliche Gefahr vorüber ist.

London, 10. Febr. — Das Unterhaus wies heute Abend den von Charles P. Trevelyan gestellten Antrag auf einen Zusatz zu der Thronrede, in dem gegen die Politik der Regierung in China Stellung genommen wird, mit 320 gegen 113 Stimmen ab.

Sir Austen Chamberlain gab eine wichtige Erklärung über die Politik der Regierung ab, in der er sagte, es werde in Schanghai nur eine indische Brigade gelandet werden, es sei denn, daß unvorhergesehene Gefahren aufkommen sollten. Mittlerweile werde man weiter versuchen, Verhandlungen zur Beilegung der Schwierigkeiten anzuknüpfen. Durch das Zugeständnis über die Landung der kleinen Truppenmacht war dem Angriff der Arbeiterpartei die Spitze abgebrochen.

Der Minister sagte, die Regierung habe die Versicherungen Chens angenommen, daß er keine Gewalt gebrauchen werde, um eine Aenderung in dem Status der Konzessionen der internationalen Niederlassungen herbeizuführen. Er gab Einzelheiten aus dem neuen Hankauer Abkommen, in dem vorgesehen ist, daß die neuen Stadtbeamten durch die Steuerzahler erwählt werden sollen. Die Steuerzahler würden das Recht haben, das Budget aufzustellen und die Abrechnungen würden gemeinschaftlich von den Chinesen und den Briten vorgenommen werden.

Indem er auf einen besonderen Punkt in einer Anfrage von Ramsay MacDonald, dem Führer der Opposition einging, erklärte Sir Austen, dem Geschäftsträger O'Malley sei bereits mitgeteilt worden, er solle den Außenminister der Kantoner Regierung verständigen, daß nur ein fliegner Truppenteil gelandet werde, um die Vermutungen auf feindselige Absichten Großbritanniens möglichst zu bannen.

Sir Austen beschloß seine Ausführungen mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß der Frieden gesichert bleiben möge.

Ein Amerikaner in russischer Gefangenschaft

London, 9. Febr. — Eine Reuter-Depesche aus Riga, Lettland, meldet, daß Aaron Kopman, ein amerikanischer Bürger, nach einer Strafhaft von 15 Monaten, aus Sowjet-Rußland auf Anordnung der politischen Polizei ausgewiesen worden ist. Bei seiner Ankunft in Riga berichtete er über seine Leiden in der Gefangenschaft und schilderte „unglaubliche Grausamkeiten" der Sowjet-Aufseher in dem Vischera-Gefangnenlager in der Provinz Perm.

Kopman war, wie er angibt, im Jahre 1924 als Vertreter verschiedener New Yorker Firmen nach Rußland gekommen, fand aber, daß unter den dortigen Verhältnissen Geschäftsverbindungen unmöglich waren. Plötzlich wurde er unter Anklage der Verletzung des Staatsmonopols verhaftet und zu drei Jahren Gefangenschaft in einem Konzentrationslager verurteilt. Seine Freilassung vor völliger Verbüßung der Strafe schreibt er den Bemühungen der amerikanischen Firmen zu, in deren Auftrag er sich nach Sowjet-Rußland begeben hatte.

Eröffnung der Legislatur von Alberta

Die wichtigsten Punkte der Thronrede

Vertretung der Peace River-Wünsche. — Die drei Zonen des Südens

Edmonton, Alta. — Die Legislatur von Alberta wurde am letzten Donnerstag unter den üblichen Zeremonien und mit der üblichen Thronrede eröffnet.

Die vom Leutnant-Gouverneur verlesene Rede gab einen recht erfreulichen Rückblick auf das verflossene Jahr. Eine andauernde Besserung der wirtschaftlichen Lage hat sich bemerkbar gemacht und ein optimistischer Ausblick ist daher gerechtfertigt. Das Verlangen nach Arbeitslosenunterstützung ist zurückgegangen, die Abrechnungen der Munizipalitäten lauten günstiger, die Bondspreise sind gestiegen, und in Stadt und Land herrscht eine zuversichtlichere Stimmung.

Ferner wurde in der Thronrede auf den Umfang der geleisteten Arbeit des Komitees hingewiesen, das zur Untersuchung der Fragen der provinzialen und munizipalen Einkünfte und Steuern eingesetzt worden ist. Doch wird nur ein Interimsbericht ins Aussicht gestellt. Ob auf Grund dieses Berichtes Schritte unternommen werden sollen, wird nicht mitgeteilt.

Die Regierung bedauert, daß sie die Verhandlungen bezüglich der Rückgabe der Naturwerte an die Provinz nicht zu einem befriedigenden Abschluß bringen konnte. Ob irgendwelche Hoffnungen auf eine baldige Lösung dieses schwierigen Problems vorhanden sind, darüber schweigt sich die Thronrede aus. Die canadische Regierung hat den Fall dem Obersten Gericht von Canada unterbreitet, der die Rechtmäßigkeit der Schulbestimmungen des Autonomiegesetzes untersuchen soll. Damit ist das Recht der Minderheiten auf Separatschulen aufs engste verknüpft.

* * *

In der nachfolgenden Debatte war die Jungferrede von Hugh Allen, des Abgeordneten für Peace River, von Interesse, welcher betonte, daß die Bewohner des Peace River-Distrikts mit Recht eine Lösung ihrer Transport- und Ansiedlungsprobleme erwarteten. Sir Henry Thornton, der Präsident der Canadian National Railways, möge sich an die Erklärungen erinnern, welche er bei seinem Besuch im Peace River-Gebiet gemacht habe. Das Gebiet habe im letzten Jahre ein größeres Ernteergebnis gehabt als jeder andere Teil von Alberta. Der Erfolg von Hermann Trelle, des Deutschcanadiers, auf der internationalen Getreideschau in Chicago habe die Aufmerksamkeit von Tausenden auf die Möglichkeiten des Peace River-Gebietes hingelenkt. Seine jetzige Isolierung infolge des Mangels an Straßenverbindung mit Edmonton habe die Besiedlung stark aufgehalten. Auch seien in den fernliegenden Distrikten mehr Telephonlinien nötig.

Bei Besprechung der Geschichte des Distrikts sprach der Redner der C. P. R. seine Anerkennung dafür aus, daß sie den Betrieb der E. D. & B. C. Eisenbahn übernommen habe, wofür der Gesellschaft der Dank des Nordens gebühre. Leider waren die Frachtraten nach Fort William zu hoch; das galt auch dann noch, als die westliche Route eröffnet war. Die Ansiedler glaubten aber, daß die C. P. R. wenig Interesse für die Entwicklung des Gebietes habe, das von nur 2000 Menschen bewohnt sei, obwohl gut eine Million dort leben könnte.

G. B. Walker, U. F. A., Claresholm, sprach für den Süden und teilte dabei das Gebiet in drei große Distrikte ein, den trockenen Distrikt, den bewässerten Distrikt und den normalen Distrikt. Er behandelte zunächst das Bewässerungsprojekt bei Lethbridge. 698 Familien seien nun dort angesiedelt und die Urbarmachung des Bodens habe um 56,000 Acker zugenommen. Aus den trockenen Distrikten seien 250 Familien in andere Teile der Provinz versetzt worden und von den ursprünglich 2,386 Farmern dortselbst seien noch weniger als 500 übrig geblieben. Das Bodenwehen sei das große Problem des Südens. Walker sprach sich dagegen aus, daß man die Tore Canadas der Einwanderung ohne Unterschied öffne, sondern man solle die rechte Art von Leuten herbeiziehen, welche auf Farmen gehen und nicht die Reihen der Arbeitslosen in den Städten stärken.

Kriegsfurcht in Sowjet-rußland

Moskau, 9. Febr. — Kürzlich von Sowjetbeamten gehaltene Reden, daß die Bevölkerung sich auf einen möglichen Verteidigungskrieg vorbereiten solle, hat eine gewaltige Ankaufsbewegung zur Folge gehabt. Die Bauern legen als Vorsichtsmaßnahme große Lager von Nahrungsmitteln ein.

Große Volksmengen belagern die genossenschaftlichen und staatlichen Geschäfte, um reichlich Mehl, Zucker, Zeugstoffe und andere Notwendigkeiten zu kaufen. In einigen Fällen waren Lager, die sonst drei Monate reichten, in drei Tagen vergriffen, und die Geschäfte waren nicht imstande, ihre Vorräte zu erneuern. Die Bewegung hat höhere Preise zur Folge gehabt.

Frankreich hat Bedenken

Paris, 12. Febr. — Nach der heutigen Kabinettssitzung verlautet, daß Frankreichs Antwort auf die Vorschläge des Präsidenten Coolidge über Seerüstung in einer formellen Annahme, jedoch unter ernsten Vorbehalten bestehen wird. Auslandminister Briand setzt die Antwort auf und unterbreitet sie am Montag dem Kabinett zur endgültigen Zustimmung.

Deutsche Kriegsschuld — ein Märchen

Rußland und Frankreich sind die Hauptschuldigen

Aus der Rede eines amerikanischen Redakteurs.

Syracuse, 12. Febr. — Charles Clayton Morrison, Redakteur des „Christian Century" Chicago, erklärte in einer Rede, die er bei der Promotionsfestlichkeit der hiesigen Universität hielt, die Kriegsschuld Deutschlands sei ein Märchen. „Die Völker der Welt sind zu der Einsicht gekommen," betonte der Redner, „daß die Schuld am Weltkriege zu ziemlich gleichen Anteilen auf alle Nationen zu verteilen ist, die in ihn involviert waren."

„Der internationale Geist," bemerkte der Redner in seinen Ausführungen weiter, „ist ebenso wirklich wie der Handelsgeist augenscheinlich ist. Aber um ideal zu sein, muß er Vorstellungskraft besitzen, muß Mitleid haben können und muß den festen Willen, Gerechtigkeit zu üben und zu dulden, in die Erscheinung treten lassen. Der Geist muß aber auch den moralischen Idealen der Christenheit unterstehen, wenn er ein bedeutender Faktor sein will."

„Deutschland würde wie ein traurig Klagender gekommen sein, und seinen Anteil an der Kriegsschuld bekannt haben, wenn die Männer, die in Versailles versammelt waren, mehr Mitleid in ihren Herzen gehabt und willens gewesen wären, einen Teil der Verantwortung selber zu übernehmen.

„Jetzt," erklärte Dr. Morrison dann, „haben wir auf die Historiker zu achten, die darin übereinstimmen, daß die Schuld am Kriege zuerst auf Rußland, dann auf Frankreich, Oesterreich, England und Deutschland fallen soll. Damit fangen wir erst an zu verstehen, daß ein internationaler Geist vorhanden sein muß, der uns einen dauernden Frieden bescheren kann."

Der Redner streifte dann Amerika und bemerkte abschließend: „Amerika hat jetzt gerade einen Zustand des Zynismus abgelegt, weil man eingesehen hat, daß die moralischen Dinge, für die wir kämpften, sich nicht verwirklicht haben. Wir haben viel vom Kriege gelernt, doch seit dem Konflikt haben wir vor allem gelernt, die Dinge aus einer besseren Perspektive zu betrachten."